

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Steffan, Herr Bürgermeister Drescher, Frau Bürgermeisterin Schlüter, werte Kolleginnen und Kollegen aus den Gremien und Ämtern, werte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Nutzung tiefer Geothermie im Oberrheingraben wird als möglicher Baustein der kommunalen Wärmewende diskutiert. Die geologischen Voraussetzungen könnten offensichtlich geeignet sein, um klimafreundliche Wärme zu erschließen.

Gleichzeitig handelt es sich um eine technologie- und investitionsintensive Energieform mit erheblichen Unsicherheiten. Beispielsweise handelt es sich bei unserer dicht besiedelten Region um ein anerkanntes Erdbeben- aber auch Wasserschutzgebiet.

Unsere Aufgabe in der Kommunalpolitik ist es daher, Chancen und Risiken sorgfältig abzuwägen und verantwortungsvoll für die Bevölkerung zu entscheiden.

Zur Wirtschaftlichkeit:

Im unmittelbaren Projektumfeld, insbesondere im Rhein-Neckar-Raum, liegt bislang kein belastbares Praxisbeispiel der Firma GeoHardt GmbH vor, das die wirtschaftliche Tragfähigkeit vergleichbarer Vorhaben eindeutig belegt. Tiefe Geothermie erfordert hohe Anfangsinvestitionen und bleibt mit geologischen Risiken verbunden – erwähnt sei hier das Vorhaben in Graben-Neudorf, wo sich der Wärmeverbund bereits aus wirtschaftlichen Gründen wieder aufgelöst hatte.

Moderne Verfahren wie die 3D-Seismik liefern übrigens keine sicheren Funde, sondern Wahrscheinlichkeiten auf Basis von mathematischen Modellen. Ein zentrales wirtschaftliches Risiko bleibt somit bestehen.

Zur Kommunikation:

Die bisherige Kommunikation der GeoHardt GmbH wird vielfach als unzureichend wahrgenommen. Insbesondere im Zusammenhang mit der 3D-Seismik durch das beauftragte Unternehmen DMT gab es Kritik an mangelnder Transparenz, schleppender Schadensregulierung und fehlender Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Das hat zu Vertrauensverlust geführt – und Vertrauen ist eine Grundvoraussetzung für ein Projekt dieser Größenordnung.

Unsere Bewertung:

Wir stehen Technologien grundsätzlich offen gegenüber. Tiefe Geothermie könnte möglicherweise einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende leisten, fossile Abhängigkeiten reduzieren und langfristig stabile Energiepreise ermöglichen, jedoch zu welchem Preis?

Aufgrund der Unsicherheiten, gerade hinsichtlich der Risiken für die Region, den wirtschaftlichen Nutzen und dem allgemein großen Klärungsbedarf hinsichtlich Transparenz und gesellschaftlicher Akzeptanz, sehen wir als CDU-Fraktion momentan die Technologie als nicht tragfähig an.

Deshalb formulieren wir klare Anforderungen und Aufträge an den Projektträger:

- 1.) belastbare und nachvollziehbare Nachweise zur Wirtschaftlichkeit und zu Kosten.
- 2.) Aufdeckung der Risiken u.a. von Erdbeben und Trinkwasserschäden, die durch unabhängige Gutachten verifiziert sind.
- 3.) eine transparente Kommunikation und echte Bürgerbeteiligung im Sinne eines Dialogs, nicht nur Information.
- 4.) klare, verlässliche, verbindliche und vollwertige Haftungs- und Entschädigungsregelungen bei möglichen Schäden, die sich am Neuwert orientieren.
- 5.) eine eindeutige, ehrliche und nachvollziehbare Klärung der Projektziele, um bestehende Verunsicherungen auszuräumen.

Gleichzeitig halten wir es für richtig, dem Projektträger die Möglichkeit zu geben, diese Punkte durch belastbare Fakten zu klären und die Kritik auszuräumen.

Abschließend:

Die Entscheidung über tiefe Geothermie ist keine rein technische Frage, sondern auch eine gesellschaftliche. Unser Ziel ist eine nachhaltige Energieversorgung, die Sicherheit, Transparenz und Akzeptanz verbindet. Diese Voraussetzungen sehen wir hier bei Weitem nicht gegeben, daher ist sehr fraglich, ob Tiefengeothermie ein Gewinn für unsere Region werden kann.

Pressezusammenfassung (3 Sätze):

Die CDU-Fraktion sieht in der Tiefengeothermie zwar grundsätzlich eine mögliche Chance für die Wärmewende, im Oberrheingraben bewertet sie die Technologie aktuell jedoch aufgrund erheblicher wirtschaftlicher, geologischer und gesellschaftlicher Risiken als nicht tragfähig. Insbesondere fehlende belastbare Wirtschaftlichkeitsnachweise, Unsicherheiten durch Erdbeben- und Wasserschuttrisiken sowie Defizite in Transparenz und Kommunikation haben zu einem deutlichen Vertrauensverlust geführt. Vor einer weiteren Umsetzung fordert die Fraktion daher klare Nachweise, unabhängige Gutachten, verbindliche Haftungsregelungen und eine echte Bürgerbeteiligung, um Chancen und Risiken verantwortungsvoll abwägen zu können.